

Kanälen in Ost-, Mittel- und Westchina, die den Yangzi mit dem Huang He, dem Huai He und Hai He verbinden werden. Die Bauzeit wird auf 50 Jahre veranschlagt, die Kosten werden mit 486 Mrd. Yuan (rd. 59 Mrd. USD) doppelt so hoch liegen wie für den Drei-Schluchten-Staudamm.

Ob der Yangzi diese Projekte verkraften wird oder nicht, in jedem Falle ist Wassersparen angesagt. Die Regierung plant, landesweite Quoten für den industriellen Wasserkonsum einzuführen. Ab 2005 sollen die Industriebetriebe 6 Mrd. Tonnen Wasser pro Jahr einsparen. Diese Menge würde den Jahresbedarf von fast 14 Millionen Menschen decken. Derzeit werden die Normen für einzelne Industriezweige bzw. Betriebe noch erarbeitet. In einem Entwurf ist beispielsweise vorgesehen, dass für die Produktion einer Tonne Stahl nicht mehr als 15 Tonnen Wasser verbraucht werden dürfen. Die größten industriellen Wasserkonsumenten sind die Sparten Elektrizität, Eisen und Stahl, Ölraffinerien, Färbereien und Papierindustrie. 1999 verbuchten sie zwei Drittel des gesamten industriellen Wasserverbrauchs. Die staatlichen Vorgaben für den Wasserverbrauch werden viele Betriebe veranlassen, ihre Produktionsmethoden zu modernisieren, um Wasser zu sparen. Ebenso wird die Einführung marktorientierter Preise für Wasser zum Sparen anhalten.

Was schließlich das dritte Problem, die Wasserverschmutzung, angeht, so sind hier nur punktuelle Fortschritte zu verzeichnen. So konnte der Minister für Wasserressourcen zwar verkünden, dass in den vergangenen fünf Jahren gut 34 Millionen Menschen auf dem Lande Zugang zu sauberem Trinkwasser erhielten, aber allgemein hat sich an der schlechten Wasserqualität der Flüsse und Seen Chinas wenig geändert. In den Yangzi beispielsweise wurden im Jahr 2001 ca. 22 Mrd. Tonnen Industrieabfall und Abwässer eingeleitet; das seien 1,4 Mrd. Tonnen weniger als im Jahr davor, heißt es in dem jüngsten Kommuniqué des Wasserressourcenkomitees des Yangzi. Dieser Rückgang wird der Tatsache zugeschrieben, dass eine Reihe von Großstädten wie Shanghai und Wuhan verstärkt Anlagen für die Auf-

bereitung von Abwasser und die Entsorgung von Industrieabfällen bauen. Doch der kleine Fortschritt wird durch das Bevölkerungswachstum, die wachsende Industrie und Landwirtschaft sowie die schnelle Modernisierung wieder aufgehoben. Insgesamt, so muss auch das Wasserressourcenkomitee zugeben, haben sich die Anteile von sauberem, trinkbarem und verschmutztem Wasser nicht verändert. (XNA, 4.-8.1.03) -st-

---

## Außenwirtschaft

---

### 20 Neue Regeln für die Devisenbeschaffung

Die State Administration of Foreign Exchange (SAFE) hat den Zugang zu Devisen für chinesische Unternehmen erleichtert, die Investitionen im Ausland vornehmen wollen.

Den neuen Regeln nach können die Unternehmen sich an ihre Provinzregierungen wenden, anstatt eine Genehmigung von der Zentralregierung zu beantragen. Auch können die Gewinne aus den ausländischen Geschäften von den Unternehmen ohne nähere Begründung einbehalten werden. Die Provinzregierungen können bis zu 200 Mio. US\$ pro Jahr für ein Unternehmen gewähren. (Chinabiz.org, 21.1.03)

Zunächst wurde Unternehmen in Zhejiang sowie in Guangdong und Shanghai der Zugang zu den Devisen für Investitionsaktivitäten im Ausland erleichtert. Auch die Provinzen Jiangsu, Shandong und Fujian sollen einbezogen werden.

Die Expansion chinesischer Firmen im Ausland war bisher auch aufgrund der Probleme bei der Devisenbeschaffung gebremst worden. Das Gesamtvolumen der chinesischen Investitionen von 6.849 Firmen im Ausland wird mit rd. 13,5 Mrd. US\$ angegeben. Die Unternehmen benötigten bisher die Genehmigung von drei nationalen Behörden, sie mussten eigene Devisen einbringen, Einlagen nachweisen, Risikoanalysen vorlegen und eine Erklärung über die Gewinnverwendung abgeben.

Die strengen Auflagen hatten zur Folge, dass fast nur Staatsunternehmen Investitionen im Ausland vornahmen. Mit der Lockerung der Bestimmungen wird nun erwartet, dass auch private Unternehmen verstärkt im Ausland investieren werden. (HB, 21.1.03) -schü-

### 21 USA und China: Zunehmende wirtschaftliche Verflechtung bei vielfältigen Irritationen

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und China werden von beiden Seiten überwiegend als positiv beurteilt. Ein Blick auf die Zunahme des bilateralen Außenhandels und der Direktinvestitionen von US-Unternehmen in China bestätigt dieses Bild. Gleichzeitig gibt es jedoch eine Reihe von Irritationen über angebliche Verstöße gegen das US-Waffengesetz und Spionageaktivitäten chinesischer Fachkräfte in US-Unternehmen.

Anfang Januar beschuldigte die US-Regierung zwei führende US-amerikanische Luftfahrtunternehmen, gegen das Exportgesetz im Zusammenhang mit dem Transfer von Daten über Satelliten und Raketen nach China in den 90er Jahren verstoßen zu haben. Es handelt sich um die Unternehmen Boeing Co. und Hughes Electronics Corp., eine Tochter der General Motors Corp.

Die Anschuldigungen enthalten Details darüber, wie US-Unternehmen im Wettbewerb um Aufträge aus China den Transfer von Luftfahrt Daten im Zusammenhang mit dem Abschuss von Satelliten angeboten haben. Die Informationen betrafen Antworten auf Anfragen der Chinesen über das Versagen der Raketen, die diese Satelliten transportieren sollten. Die amerikanische Regierung hatte den Einsatz von US-Satelliten für Chinas Luftfahrtunternehmen im Jahre 1999 gestoppt.

Den Unternehmen wird vorgeworfen, gegen die Gesetze zum Waffenexport verstoßen zu haben, da sie keine Genehmigungen von den Behörden vor dem Transfer der Informationen an die chinesischen Unternehmen beantragt hätten. Die beschuldigten US-Unternehmen wehren sich jedoch gegen die-

se Vorwürfe mit dem Hinweis, dass es sich bei den Daten nicht um solche handelte, deren Weitergabe genehmigungspflichtig war.

Es gibt inzwischen eine Serie von Untersuchungen, die US-Luftfahrtunternehmen betreffen, die mit chinesischen Unternehmen kooperieren, insbesondere gegen das US-Unternehmen Boeing. (IHT, 2.1.03)

Das chinesische Außenministerium hat ebenfalls die Vorwürfe, dass US-Unternehmen entgegen gesetzlichen Bestimmungen Technologie nach China transferiert haben, zurückgewiesen. Es sei nicht erforderlich für China, von den US-Unternehmen Technologien über Satelliten und Raketen zu erhalten. (BBC PF, 7.1.03)

Mitte Januar berichteten die internationalen Medien außerdem über Fälle von Werkspionage chinesischer Staatsangehöriger in zwei US-Unternehmen in Silicon Valley.

Es ging dabei um den Diebstahl von Computer-Chip-Designs sowie Software zur Suche von Erdöl- und Erdgasvorkommen. Obwohl die damit im Zusammenhang stehenden Unternehmen in China überwiegend staatlich sind, bestritt die Regierung jegliche Verbindung zu den beschuldigten Personen. (AWSJ, 15.1.03)

Trotz dieser Probleme haben sich die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auch im letzten Jahr weiter intensiviert. Nach chinesischen Statistiken belief sich das gemeinsame Handelsvolumen zwischen China und den USA von Januar bis Ende November 2002 auf 87,97 Mrd. US\$. Gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres war dies ein Anstieg um 19,6%. Für das gesamte Jahr wird eine Zunahme auf rd. 92 Mrd. US\$ und damit ein Anteil von rd. 15% am gesamten Außenhandel Chinas erwartet. Die USA sind damit seit vier Jahren hintereinander der zweitwichtigste Handelspartner Chinas.

US-Unternehmen haben auch ihr Investitionsengagement in China weiter ausgebaut. Nach MOFTEC-Angaben wurden zwischen Januar und November 2002 von den Behörden 3.042 Projekte mit einem Vertragswert von 7,859 Mrd. US\$ genehmigt. Gegenüber der Vergleichsperi-

ode des Vorjahres war dies ein Anstieg um rd. 30% bei der Projektzahl und von 16,7% beim Wert der zugesagten Investitionen. Der US-Anteil an den Gesamtinvestitionen belief sich auf rd. 10%. Das Volumen der bereits realisierten Direktinvestitionen betrug 4,86 Mrd. US\$ (+15,5%). Die Zusammenarbeit konzentriert sich auf die Bereiche Maschinenbau, Metallurgie, Elektronik, Erdöl, Telekommunikation, Chemieindustrie, Landwirtschaft, Medizin, Umweltschutz sowie Finanzsektor und Versicherungen. Von den 500 großen US-Unternehmen soll bereits die Mehrzahl der Unternehmen in China Direktinvestitionen getätigt haben. Zu den bekanntesten Unternehmen zählen General Motors, Lucent Technologies, Coca Cola, Du Pont Interest Group, Eastman Kodak, IBM, Xerox etc.

Aus Sicht von Zeng Yanpei von der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission bieten sich gute Voraussetzungen für die weitere Kooperation zwischen beiden Ländern, die starke Komplementaritäten aufwiesen. Ähnlich optimistisch beurteilt Steve Van An del, geschäftsführender Vorsitzender der US Chamber of Commerce, der im September 2002 mit einer Delegation von US-Unternehmen nach China reiste, die Aussichten der bilateralen Zusammenarbeit. Zwei Drittel der rd. 200 US-Unternehmen in China sollen der US Chamber of Commerce nach inzwischen Gewinne machen, sodass China als Investitionsstandort sehr beliebt sei. (ST, 11.1.03) -schü-

## 22 Fortschritte beim Kampf gegen Copyright-Verletzungen

Zwei Fälle von Copyright-Verletzungen, bei denen sich die ausländischen Hersteller vor Gericht gegen chinesische „copy cats“ wehren, könnten auf eine langsame Trendwende bei der Durchsetzung von Urheberrechten schließen lassen.

So hat der dänische Hersteller Lego (Kinderspielzeug) eine Klage gegen ein chinesisches Unternehmen gewinnen können, das 53 Merkmale des Lego-Spielzeugs nachgemacht hatte. Die Klage war von Lego bereits im Jahre 1999 eingereicht worden. Das Gericht entschied, dass 33 Elemen-

te durch Urheberrechte geschützt waren und durch das chinesische Design beeinträchtigt worden waren. Das chinesische Unternehmen wurde angewiesen, die Produktion einzustellen und die Spielzeugmodelle dem Gericht auszuhändigen, damit diese zerstört werden können. Außerdem wurde das chinesische Unternehmen angewiesen, eine formale Entschuldigung in der *Beijing Daily* zu veröffentlichen und Lego eine finanzielle Kompensation zu zahlen. Lego bewertet das Urteil sehr positiv, da erstmals ein Gericht den Schutz von einem Industriedesign bzw. von einem Gebrauchskunstprodukt bestätigt habe. (AWSJ, 21.1.03; FT, 21.1.03)

Ob das US-Unternehmen Cisco Systems Inc. gegen das chinesische Unternehmen Huawei Technologies die Klage wegen illegal kopierter Designs ihrer patentierten Telekommunikationsausrüstung gewinnen wird, steht noch nicht fest. Doch wird dies als Testfall für die Ernsthaftigkeit angesehen, ob die Urheberrechte im boomenden Informationstechnologiesektor tatsächlich berücksichtigt werden.

Cisco hat die Klage vor dem US-Gericht in Texas eingereicht. Die Klage bezieht sich nur auf ein wenig bedeutendes Teil in der Telekommunikationsausrüstung von Cisco (es handelt sich dabei um einen Data-Router für das Internet) für das ein gesamtes Umsatzvolumen von 85 Mio. US\$ besteht, von dem Huawei einen Anteil von 3% einnimmt. Trotzdem wird Huawei als ernst zu nehmender Konkurrent gesehen, insbesondere im chinesischen Markt. Huawei weist ein gesamtes Verkaufsvolumen von 2,7 Mrd. US\$ im letzten Jahr und eine Beschäftigtenzahl von rd. 10.000 Ingenieuren auf.

Sollte Cisco vor Gericht in den USA den Fall für sich entscheiden können, müssten die chinesischen Behörden aufgrund der Einbindung in internationale Verträge gegen die Verletzung auch in China vorgehen. (AWSJ, 27.1.03)

China wurde im Jahre 1980 Mitglied der World Intellectual Property Organization (WIPO). Die chinesische Regierung wird das nächste World Summit of Intellectual Property and

the Knowledge Economy in Beijing, vom 24. bis zum 26.4.03 ausrichten. (XNA, 10.1.03) -schü-

### 23 Neue Zollsenkungen für 2003

Zum 1.1.2003 werden die Einfuhrzölle von durchschnittlich 12% im Jahre 2002 auf 11% in diesem Jahr reduziert. Die Zahl der Zolltarifpositionen wird dabei um 129 auf 7.455 erhöht. Für Industrieprodukte wird der durchschnittliche Zollsatz auf 10,3% und für Agrarprodukte auf 16,8% sinken. Für mehr als 110 Produkte werden die Zölle gänzlich abgeschafft.

Die Veränderung der Zollsätze für die wichtigsten Industrieprodukte sieht wie folgt aus:

- Maschinenbauerzeugnisse (von 9,6% auf 8,6%)
- Elektronische Produkte (von 10,7% auf 9,9%)
- Textilien und Bekleidung (von 17,6% auf 15,2%)
- Transportausrüstungen (von 17,4% auf 15,9%)

Einfuhrquoten bestehen weiter für zehn Kategorien von Agrarprodukten, darunter Weizen, Sojabohnenöl und Zucker. Auch für Chemiedünger bleiben die Einfuhrquoten bestehen.

Die für 2003 bestimmten Importquoten für lokale Unternehmen betragen für

- Weizen 8,65 Mio. t
- Mais 6,33 Mio. t
- Sojaöl 2,62 Mio. t
- Palmöl 2,5 Mio. t
- Rapsöl 918.600 t

Für die Lebensmittelverarbeitung gelten spezielle Quoten (für Weizen 400.000 t; für Mais 200.000 t; für Sojaöl 200.000 t; für Palmöl 100.000 t; für Rapsöl 100.000 t).

Aus Sicht von Analysten beeinflussen die Quoten die Agrarmärkte nur in einem beschränkten Umfang, da die

Nachfrage mehr durch die Rohstoffpreise und die Eigenproduktion bestimmt wird.

Entsprechend dem WTO-Beitrittsprotokoll muss China bis zum Jahre 2005 die Zölle auf durchschnittlich 10% senken. Dann wird China auch auf Importquoten für Agrarprodukte verzichtet.

Zum 1.1.2003 wird China auch die Importinspektionsanforderungen für eine Reihe von Produkten verändern; dies kommt einem Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse gleich. Insgesamt wird damit die Liste der Produkte, für die Importquoten und Importlizenzen gelten, auf 45 Produkte reduziert.

Bei den Produkten, die nicht mehr der Importquoten- und Importlizenzenpflicht unterliegen, handelt es sich um elektrische und mechanische Erzeugnisse wie Hubkolbenmotoren und Kolbenverbrennungsmotoren, Kranwagen, Fahrgestelle für Kfz, Fotoapparate und Armbanduhren. Die Importquoten und Importlizenzenpflicht gilt weiter für Kfz zur Beförderung von zehn und mehr Personen wie bestimmte Pkw und Lkw. Für rd. 110 Produkte wird der Zollsatz auf Null gesenkt, wie z.B. für Faxgeräte, Kopfhörer, Festnetz-Telefone, Piepser, Tastaturen und Computer-„Mäuser“. (NfA, 6.1., 20.1.03; FBIS, 2.1.03)

Trotz der Zollsenkungen im letzten Jahr lagen die Zolleinnahmen im Jahre 2002 bei 259,067 Mrd. Yuan (31,21 Mrd. US\$), ein Anstieg um rd. 4% gegenüber 2001. Ursache dieser Entwicklung ist die Ausweitung der Importe sowie die Reduzierung von Schmuggel und Steuerumgehung. (XNA, 4.1.03) -schü-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 24 Nationale Arbeitskonferenz zur ländlichen Entwicklung

Anfang Januar endete die zweitägige nationale Arbeitskonferenz zur ländlichen Entwicklung mit dem Aufruf, der Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Gebiete Priorität

beim Aufbau einer Wohlstandsgesellschaft einzuräumen und die Landwirtschaft und Bauern stärker zu unterstützen. Die „drei ländlichen Probleme“ (Landwirtschaft, ländliche Gebiete und niedrige Einkommen der Bauern) müssten gelöst werden, um eine nachhaltige, schnelle und gesunde gesamtwirtschaftliche Entwicklung herbeizuführen. Die Mehrheit der chinesischen Bevölkerung lebe auf dem Land und der Lebensstandard der Bauern sei wesentlich niedriger als der Lebensstandard der Städter. Dies treffe auch für das Niveau der ländlichen Bildung, Wissenschaft und Technologie sowie für das Gesundheitswesen zu.

Teilnehmer an der Konferenz waren neben Hu Jintao und Wen Jiabao zahlreiche Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZK der KPCh. Im Konferenzbericht, der die Reden von Hu und Wen zusammenfasst, werden die Leitlinien der ländlichen Politik wiedergegeben. Im Folgenden werden die wichtigsten Grundaussagen dazu vorgestellt.

Chinas Landwirtschaft befindet sich in einer neuen Phase der Entwicklung, in der strategische Anpassungen erforderlich sind und die Bedingungen für das Wachstum verändert werden müssen. Außerdem muss in dieser Phase mit einer Abstimmung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den ländlichen und städtischen Gebieten begonnen werden. In den letzten Jahren wurde bereits mit der Anpassung der Strukturen und der Verbesserung der Einkommen der Bauern angefangen. Erfolge wurden auch beim Aufbau der ländlichen Infrastruktur und beim Umweltschutz erreicht.

Auf der Konferenz wurden vier Bereiche vorgestellt, die bei der Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung zukünftig Priorität genießen sollen. Hierzu zählt 1) die Stabilisierung der ländlichen Reformpolitik bzw. die Verpachtung von Nutzungsflächen an die Bauern. Die Bauern müssten als die wichtigsten Marktakteure respektiert werden, die Bodenpolitik und das ländliche Bodenvertragsrecht müssten implementiert und den Bauern langfristige und garantierte Nutzungsrechte gegeben werden. Neben der Stabilisierung der Bodennutzungspolitik